

Inhalt

Zur aktuellen Lage

Kriegsdienstzwangreaktivation Schweden
Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht
Nein zum Tag der Bundeswehr! Krieg ist kein
Volksfest!

GelöbniX Trier – 24. Mai

Kampagne: „Krieg beginnt hier“

GI Café The Clearing Barrel

Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden

125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft

Büchel ist überall! – atomwaffenfrei jetzt

Zwei Protestaktionen vor Gericht



Der pazifistische Liedermacher Ofer Golany mit Begleitung von Harald Gewehr (DFG-VK Gruppe Mainz) beim einem Auftritt beim Johannisfest 2016 in Mainz. (Foto: Tina Gewehr)

Aktuelle Lage: Eskalation durch ungelöste Konflikte

Schon in den letzten Jahren war die Kriegsgefahr immens gewachsen:

Die Konfrontation zwischen NATO und EU einerseits und Russland andererseits wurde mit der Ukraine-Krise 2014 unübersehbar. Der Krieg in der Ost-Ukraine blieb begrenzt, Aufrüstung und Säbelrasseln gehen bedrohlich weiter. Weiterhin besteht die Gefahr der Eskalation zu einem größeren Krieg.

Schon vier Länder des Nahen Ostens sind zu Schlachtfeldern geworden: Irak, Libyen, Syrien und Jemen. Eine Vielzahl regionaler Akteure führt Krieg gegeneinander, darunter eine mehr oder weniger schiitische Allianz rund um den Iran und den syrischen Rest-Staat gegen miteinander rivalisierende sunnitische Mächte. Die westliche Politik hat die ohnehin vorhandenen Probleme der Region verstärkt: mit illegalen Angriffskriegen gegen den Irak und Libyen, mit dem Versuch, Assad in Syrien zu stürzen, mit Waffenlieferungen und politischer Unterstützung der sunnitischen islamistischen Mächte Türkei, Saudi-Arabien und Katar. Die Folgen: Staatszerfall, Chaos, Krieg, Ausweitung des Libyen-Kriegs nach Mali, Millionen von Geflüchteten, der Aufstieg hunderter islamistischer Milizen und das fürchterliche Kalifat des IS. Die gleichzeitige Intervention von NATO-Staaten und

Russland könnte zu einem überregionalen Krieg eskalieren. Die Region des sogenannten fruchtbaren Halbmonds ist gegenwärtig ein furchtbarer Halbmond.

In Ostasien, wo nach dem Vietnamkrieg seit 1975 internationale Kriege vermieden wurden, steigen die Spannungen weiterhin.

2016: Selbst-Demontage des Westens

2016 begann die unglaubliche, unvorhergesehene Selbstdemontage der beiden zentralen Mächte des Westens: USA und Großbritannien. Trump bedroht die Grundlagen der Demokratie durch massive Angriffe auf Pressefreiheit und Gewaltenteilung und attackiert mit konfrontativer Außenpolitik Strukturen der internationalen Kooperation.

Der mit rücksichtsloser Unvernunft betriebene Brexit gefährdet nicht nur die EU, sondern angesichts der Stimmung in Schottland und Nordirland sogar den Fortbestand des Vereinigten Königreichs. Der Brexit hat jetzt schon die Fremdenfeindlichkeit in England gesteigert und die Beziehungen zur EU vergiftet.

In der Türkei, die zwar noch Mitglied der NATO ist, aber zunehmend auf Konfrontationskurs gegen europäische Staaten geht, ent-

steht eine islamistische Diktatur mit Großmachtambitionen und Atomwaffenplänen.

Instabilität erhöht Kriegsgefahr

Das alles ist aus pazifistischer Sicht kein Grund zu Freude. Die sich von der NATO abwendende Türkei wird keineswegs friedlicher, sondern aggressiver. Trump fordert ein gigantisches Aufrüstungsprogramm. Die Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Arsenale. Die „Atomkriegsuhre“, die die Gefahr eines Atomkriegs anzeigt, wurde im Januar 2017 von drei auf zweieinhalb Minuten vor zwölf gestellt. Zuletzt wurde Anfang der 80er Jahre die Atomkriegsgefahr so hoch eingeschätzt. Die NATO-Staaten sollen mindestens 2% des BIP für Rüstung ausgeben: für Deutschland wäre es fast eine Verdoppelung, und es würde die gegenwärtigen Rüstungsausgaben Russlands übertreffen. Die Militarisierung der EU wird nun noch energischer vorangetrieben, weil Großbritannien nicht mehr bremst. In der FAZ wurden schon deutsche Atomwaffen gefordert. Die befriedende Wirkung der EU lässt jetzt schon nach: Spanien vertritt seinen Anspruch auf Gibraltar aggressiver als zuvor.

Auch wenn die EU eine neoliberale Politik zugunsten von Reichen und Konzernen be-

treibt, nach außen zunehmend militärischer auftritt und erhebliche Demokratiedefizite aufweist, ist regionale Integration nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem eine friedenspolitische Errungenschaft. Ein Rückfall in ein Europa sich feindselig gegenüberstehender, autoritär regierter, von aggressivem Nationalismus geprägter Nationalstaaten muss abgewehrt werden.

Die in den 1990er Jahren vorhandenen Chancen für eine friedlichere und demokratischere Welt wurden nicht genutzt. Der Westen hätte seine damalige Überlegenheit nutzen können, um Völkerrecht, Menschenrechte und Demokratie verbunden mit Umwelt- und Sozialstandards global verbindlich zu etablieren.

Doch statt kollektiver Sicherheit im Rahmen der OSZE suchte man neue Aufgaben für die NATO. Westliche Staaten begannen mit als humanitäre Intervention deklarierten völkerrechtswidrigen Angriffskriegen. Die NATO wurde nicht nur nach Osten erweitert, sondern aggressiver und weltweit aktiv. Die deutschen Regierungen streben wieder nach

militärischer Weltgeltung und nach einem permanenten Sitz im Sicherheitsrat.

Die Bundeswehr wurde zur Interventionsarmee, die deutschen Regierungen drängeln sich eifrig in Kriege hinein. Der „Krieg gegen den Terror“ und der Drohnenkrieg entgrenzen den Krieg, verwischen die Grenze zwischen Krieg und Frieden und sorgen für einen permanenten Kriegszustand. Parallel zur westlichen Expansionspolitik wuchsen auch in Russland wieder Nationalismus und Militarismus.

Wir erleben jetzt eine grundsätzliche Abkehr von vertrauensvoller konstruktiver internationaler Zusammenarbeit zugunsten von aggressivem Nationalismus, Misstrauen und Missachtung des Völkerrechts. Identitätspolitik, religiöser Wahnsinn und Irrationalität sind in einem erschreckenden Ausmaß zu Faktoren der Innenpolitik und der Außenpolitik geworden. In einer solchen von Instabilität und Multipolarität gekennzeichneten Situation bringen Aufrüstung und Militarisierung nicht mehr Sicherheit, sie erhöhen die Kriegsgefahr.

Nötig sind:

- ein grundsätzlicher Politikwechsel, ein Ende der ständigen Kriege und Interventionen, deren Ergebnisse immer wieder als Rechtfertigung für neue Kriege dienen, die wiederum weitere Kriege nach sich ziehen
- Frieden nicht nur im Innern der EU; auch außerhalb muss die EU als Zivilmacht auftreten; Schluss mit der Militarisierung der EU
- Schluss mit der neoliberalen EU-Politik zugunsten der Konzerne, die die Kluft zwischen Arm und Reich verstärkt
- ein Ende der erpresserischen Politik gegenüber Entwicklungsländern, die gezwungen werden, ihre Märkte von EU-Produkten überschwemmen zu lassen
- statt militärischer Flüchtlingsabwehr Entwicklungs- und Friedenspolitik, die Fluchtursachen erst gar nicht entstehen lässt
- keine unverantwortlichen Assoziierungsabkommen wie das mit der Ukraine, die das Verhältnis zu Russland belasten.

Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!

Zum 1. Dezember, dem Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden, bittet die War Resisters' International (WRI, Internationale der KriegsdienstgegnerInnen) alljährlich seit 1956 um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind. Ihre Namen und Gefängnisadressen werden in der Liste der Gefangenen für den Frieden veröffentlicht, die ständig aktualisiert wird: www.wri-irg.org/node/4718

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengrüße als Zeichen der Solidarität und der Ermutigung in die Haft zu schicken. Selbst wenn die Karten die Adressaten und Adressatinnen nicht erreichen sollten, machen sie deutlich, dass die Gefangenen nicht vergessen sind, was sich auf die Haftbedingungen günstig auswirken kann.

Wir schreiben und verschicken die Karten mit netten Leuten, mit Live-Musik von Strohofer Express, Speis und Trank am

Freitag, 1. Dezember 2017, 19 Uhr
Bürogemeinschaft,
Walpodenstr. 10, Mainz

Im Lauf des Abends zeigen wir außerdem Bilder und Filme von Friedensaktionen aus dem Jahr 2017.



Wieder Zwangsrekrutierung in Schweden

Bis zum Ende des Ost-West-Konflikts wurden in ganz Kontinentaleuropa junge Männer ins Militär gezwungen, mit Ausnahme kleiner Gebiete wie West-Berlin.

Bis 2013 hatten viele Staaten Europas die sogenannte Wehrpflicht dann entweder abgeschafft oder ausgesetzt. 2014 hat die Ukraine

die Zwangsrekrutierungen wiederaufgenommen, Litauen 2015.

Nun wird auch Schweden ab 2018 wieder junge Menschen ins Militär zwingen, auch Frauen, ebenso wie in Norwegen.

In Deutschland wird seit Sommer 2016 immer häufiger die Reaktivierung des Kriegs-

dienstzwangs verlangt. Laut Wehrpflichtgesetz sind Männer nach wie vor „wehrpflichtig“, Zwangsmusterungen und Zwangseinberufungen sind ausgesetzt.

Der Bundestag kann mit einfacher Mehrheit beschließen, wieder zwangsweise zu rekrutieren.

- Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt!
- Nein zu öffentlichen Gelöbnissen der Bundeswehr in Trier und anderswo!

Am Mittwoch, 24. Mai 2017 findet in Trier ein herausgehobenes, landesweites GelöbniX der Bundeswehr in den Trierer Kaiserthermen statt. Dass der Veranstaltungsort öffentliches Gelände und nicht etwa der Innenhof einer Kaserne ist, zeigt deutlich die Werbestrategie, die die Bundeswehr seit einigen Jahren anwendet. Sie will nicht länger eine Institution außerhalb der (Zivil-)Gesellschaft sein, sondern strebt viel mehr eine Verflechtung mit ihr an und drängt in Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft. Der damit einhergehenden Normalisierung militärischen und imperialistischen Handelns wollen wir an diesem Tag etwas entgegensetzen. Wir wollen zeigen, dass sich eine Vielzahl von Menschen nicht damit abfindet, die Bundeswehr als „normale“ Arbeitgeberin und vermeintliche Wahrerin von Sicherheit anzusehen. Wir wollen klar machen, dass die Bundeswehr primär und offiziell zur Verteidigung von Rohstoffzugängen und Handelswegen, also für Macht- und Wirtschaftsinteressen eingesetzt wird und nicht zur Wahrung des Friedens eingesetzt werden kann.

Das BundeswehrgelöbniX in Trier ist nicht als vermeintlich harmloser Akt der Vereidigung zu werten, sondern steht direkt und indirekt für:

- das Anwerben von Jugendlichen für den Militärdienst
- eine zunehmende Militarisierung der deutschen und europäischen Außenpolitik
- das Verwenden von Steuergeldern für das Militär, für Rüstung und Krieg, während für Bildung, Soziales, Umweltschutz und Infrastruktur das Geld fehlt

Gerade in Zeiten, in denen der Verteidigungsetat auf 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) also rund 70 Mrd € angehoben werden soll und Minderjährige für den Dienst an der Waffe begeistert werden sollen, ist es wichtig, Nein zu sagen.

Beteiligt euch an unseren GelöbniX-Protesten ab 10 Uhr im Palastgarten und macht klar, dass es in Trier keinen Platz für Kriegstreiber mit und ohne Uniform gibt.

- Mit unserem Friedensfest werben wir für Abrüstung und Entspannungspolitik statt Säbelrasseln mit militärischen Drohgebärden und Aufmärschen.
- Wir wollen kein Werben fürs Töten und Sterben!

Krieg beginnt hier – aber auch unser Protest und Widerstand!

Der Protest gegen das GelöbniX in Trier wird von einem Aktionsbündnis mehrerer Gruppen getragen und findet im Rahmen der Kampagne Krieg beginnt hier statt.

Infos: www.krieg-beginnt-hier.de

Weitere Informationen:

www.krieg-beginnt-hier.de

www.dfg-vk-rlp.de

www.agf-trier.de



Nein zum Tag der Bundeswehr! Krieg ist kein Volksfest!

Seit drei Jahren wirbt die Bundeswehr am jährlichen „Tag der Bundeswehr“ um Nachwuchs und Zustimmung zu ihren Militäreinsätzen. Die DFG-VK sorgte maßgeblich dafür, dass der neugeschaffene Tag für Militärpropaganda zu einem Protesttag gegen Krieg und Militär wurde. 2016 feierte die Bundeswehr an 16 Standorten sich selbst, und fast überall gab es Gegenveranstaltungen. An der Bundeswehr-Universität in Hamburg konnten Besucherinnen und Besucher in einem Sarg der lokalen DFG-VK-Gruppe „Probeliegen“. In Trier gab es unter dem Motto „Krieg ist kein Volksfest“ ein großes Friedensfest vor einer Bundeswehreinrichtung mit Kulturprogramm und Infoständen, aber auch innerhalb

des Militärfestgeländes erinnerten kunstblutverschmierten „Tote“ vor Panzern daran, dass Krieg und Militär töten.

In der Kaserne in Stetten (Baden-Württemberg) hatte die Bundeswehr Kinder im Grundschulalter mit Handfeuerwaffen hantieren lassen, was aufmerksame Friedensaktivistinnen und -aktivisten mit Fotos dokumentierten. Friedens- und Kinderrechtsorganisationen protestierten, das Medienecho war immens. Kinder an Handfeuerwaffen spielen zu lassen, widerspricht sogar den internen Richtlinien der Bundeswehr. Kinder an Waffen oder in Kriegsflugzeugen oder auf Panzern sind immer wieder bei solchen Veranstaltungen zu sehen. Es bleibt abzuwarten, ob sich

die Bundeswehr beim nächsten „Tag der Bundeswehr“ an ihre eigenen Regeln halten wird oder ob das Interesse, schon Kinder an Militär und Waffen heranzuführen, überwiegt.

2017 fällt der Tag der Bundeswehr auf den 10. Juni. Die Bundeswehr will unter anderem auch in Rüsselsheim fürs Töten und Sterben werben, eingebettet in den Hessentag. Schon seit Jahren wird alljährlich für einen Hessentag ohne Bundeswehr demonstriert. In diesem Jahr werden Friedensgruppen den Protest beim Hessentag mit den bundesweiten Aktionen gegen den Tag der Bundeswehr verknüpfen. Demnächst mehr dazu:

www.dfg-vk-hessen.de

www.dfg-vk.de

Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht

Es wird häufig vom Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung gesprochen. Doch meist ist lediglich die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen gemeint, wie sie inzwischen von vielen Staaten und internationalen Organisationen anerkannt wird, die jedoch weit davon entfernt ist, ein Menschenrecht zu sein. Es gibt einen gravierenden Widerspruch zwischen der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und einem Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung im staatlichen und internationalen Recht

Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarats von 1950, Artikel 4 sagt:

„(1) Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden.

(2) Niemand darf gezwungen werden, Zwangs- oder Pflichtarbeit zu verrichten.

(3) Als ‚Zwangs- und Pflichtarbeit‘ im Sinne dieses Artikels gilt nicht [...] jede Dienstleistung militärischen Charakters, oder im Falle der Verweigerung aus Gewissensgründen [...] eine sonstige anstelle der militärischen Dienstpflicht tretende Dienstleistung“.

Sklaverei, Leibeigenschaft und Zwangsarbeit sind verboten, aber nicht wenn es um Militär geht.

Es ist üblich geworden, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht vom Recht auf Leben und Freiheit, sondern von der Gedanken-, Religions- oder Gewissensfreiheit abzuleiten, wobei vor allem der Begriff des Gewissens eine zentrale Rolle spielt. Besonders deutlich zeigt sich dies im Englischen, wo Kriegsdienstverweigerung als conscientious objection bezeichnet wird, als Verweigerung aus Gewissensgründen. Ähnlich ist es in den meisten anderen Sprachen.

Das Konzept der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen

Wenn nur diejenigen, die sich auf Gewissensgründe berufen, den Kriegsdienst verweigern dürfen, ist dies ein Ausnahmerecht für Menschen mit einer bestimmten Motivation, kein Menschenrecht für alle.

In der Gewissensprüfung, wie sie in der BR Deutschland üblich geworden ist, wird wegen Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkannt, wer aufgrund seiner oder ihrer (auch Frauen können verweigern, z.B. als Berufssoldatinnen) gewissenbedingten Persönlichkeit im Rahmen des Militärdienstes nicht töten kann, ohne schweren see-

lischen Schaden zu erleiden – letztendlich nichts anderes als eine weitere Variante der Untauglichkeit, zusätzlich zur Untauglichkeit aus medizinischen Gründen. Anerkannt wird nur, wer keinen Militärdienst leisten kann, aber nicht wer zwar könnte, wenn er wollte, aber nicht will.

Wenn der freie Wille des Individuums als irrelevant eingestuft wird, ist es auch konsequent, wenn andere darüber befinden, ob eine Gewissensentscheidung vorliegt. Zum Musterrungsausschuss gesellt sich dann der Gewissensprüfungsausschuss.

Die zentralen Elemente des Konzepts der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen sind:

- Keine Infragestellung staatlicher Zwangsrekrutierung zum Krieg,
- Einschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung auf das Vorhandensein einer Überzeugung,
- Überprüfung dieser Überzeugung, z.B. durch Gewissensprüfung,
- Zwang zum Ersatzdienst für Militärdienstverweigerer sowie
- Strafen im Fall von Nicht-Anerkennung und Totalverweigerung

Konsequenzen der Verweigerung aus Gewissensgründen

In der frühen Neuzeit wurde Gläubigen gewaltfreier christlicher Sekten die Kriegsdienstverweigerung als Ausnahmeregelung zugestanden. Bis heute sollen Verweigerer diesem Bild entsprechen. Das gilt nicht nur für die staatliche Gewissensprüfung, sondern auch für die Kriegsdienstverweigerungsbewegung. Sie proklamiert das „Recht, das Töten zu verweigern“, aber nicht das Recht, nicht getötet zu werden. Jeder Mensch mit Selbsterhaltungsinteresse muss zwangsläufig daran denken. Selbstverständlich wollen Kriegsdienstverweigerer andere Menschen nicht töten. Zur Mordbereitschaft auf Befehl müssen Menschen erst durch den militärischen Drill erzogen werden. Doch wer so tut, als ob sein eigenes Leben nicht erwähnenswert sei, muss unglaubwürdig wirken, falls er nicht zur verschwindend kleinen Minderheit gehört, die wirklich so empfindet.

Der Staat legt fest, was als Gewissensgrund gelten darf, womit Menschen genötigt werden, nur diese Gründe anzugeben, auch wenn für sie andere Motive wichtiger sind, was ihre Glaubwürdigkeit zusätzlich vermindert.

Auch die Leidensbereitschaft der christlichen Sektierer wirkt nach. Man erwartet von Kriegsdienstverweigerern, dass sie Nachteile auf sich nehmen und einen u.U. längeren und absichtlich unbequemen Ersatzdienst leisten. Würde Kriegsdienstverweigerung als Men-

schenrecht betrachtet, wäre es abwegig, Menschen für seine Inanspruchnahme zu bestrafen.

Berufung auf Gewissensfreiheit unumgänglich

Gewissensfreiheit ist keineswegs verzichtbar oder wertlos. In der praktischen Kriegsdienstverweigerungssolidaritätsarbeit ist es nötig, sich bei Appellen an Regierungen auf das geltende Recht und international vereinbarte Normen zu berufen – und damit auf das beschränkte Recht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

Für Berufssoldaten und -soldatinnen ist die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ein Weg, um aus dem Militär herauszukommen. Die Gewissensfreiheit ist darüber hinaus wichtig, wenn es darum geht, im zivilen Leben Arbeit zu verweigern, die dem Krieg dient, ohne deshalb Sanktionen von Arbeitsagenturen oder dergleichen ausgesetzt zu sein.

Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht

Menschenrechte sind Rechte, die jedem Menschen zustehen, unabhängig von Beruf, Religion, Kultur, Hautfarbe, Geschlecht, Weltanschauung oder Herkunft.

Ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung, abgeleitet aus den Rechten auf Leben, körperliche Unversehrtheit und persönliche Freiheit müsste also – im Unterschied zur Verweigerung aus Gewissensgründen – allen Menschen zustehen, ohne Diskriminierung nach Persönlichkeitsmerkmalen, Gründen oder Überzeugungen, und selbstverständlich ohne Auferlegung von Musterung, Gewissensprüfung, Ersatzdienst oder anderen Strafen. Maßgeblich wäre nicht das Vorhandensein von Gewissensgründen, sondern der Wille der Betroffenen.

Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen im Widerspruch zur Zielsetzung des Pazifismus

Eine Bewegung, die Krieg und Militär beseitigen will, kann nicht wollen, dass auch nur ein einziger Mensch Soldat oder Soldatin wird und dass auch nur ein einziger Mensch ins Militär gezwungen wird. Von daher kann es nicht genügen, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nur für Menschen mit einer bestimmten Gesinnung und Persönlichkeitsstruktur zu fordern, die diese Gesinnung auch noch nachweisen und einen Militäersatzdienst leisten müssen, während der Rest der Dienstpflichtigen zum Militär gezwungen wird. Ein dermaßen beschränktes Verweige-

rungsrecht kann langfristig nicht mehr sein als eine humanitäre Erleichterung für die Betroffenen, denen im Fall der Anerkennung Gefängnis oder Schlimmeres erspart bleibt. Das ist an sich ein lohnendes Ziel. Aber es wird keine Entmilitarisierung oder entscheidende Behinderung der Kriegsführungsfähigkeit zur Folge haben.

Pazifismus, so wie er seit vielen Jahrzehnten verstanden wird, ist nicht nur eine Bewegung gegen Krieg, sondern gegen Gewalt schlechthin. Die Verletzung von Menschenrechten, nicht-kriegerische physische und strukturelle Gewalt und Repression müssten aus pazifistischer Sicht ebenso abgelehnt werden wie Krieg. Die Beschränkung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung auf Gewissensgründe führt zu Zwangsmusterungen, Gewissensprüfungen, Zwangersatzdienst im Fall der Anerkennung, zu Militärdienstzwang oder Haft für nicht anerkannte Verweigerer sowie zur Diskriminierung nicht-religiöser Verwei-

gerer. Wer für Kriegsdienstverweigerung nur aus Gewissensgründen plädiert, nimmt zwangsläufig diese Menschenrechtsverletzungen in Kauf.

Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen muss notwendigerweise ein Ausnahmerecht für Menschen mit einer bestimmten Motivation oder einem bestimmten Persönlichkeitsbild bleiben. Damit wird garantiert, dass es immer andere geben wird, die ins Militär gezwungen werden können. Eine solche Personalbestandsgarantie fürs Militär kann aus pazifistischer Perspektive nicht erstrebenswert sein. Wer die Abschaffung von Krieg und Militär als Ziel hat, kann nicht wollen, dass auch nur eine einzige Person, egal wie gewissensmotiviert oder gewissenlos sie ist, Militärdienst leistet.

Wer Krieg und Militär ablehnt, müsste sich konsequent für das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung einsetzen, das allen Menschen unabhängig von Gesinnung und

Motivation und ohne jede Bestrafung zuzustehen soll. Das allein wird nicht den Frieden bringen, ist aber eine unabdingbare Voraussetzung.

Gernot Lennert

Ausführlicher: Gernot Lennert: *Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung: Ein Widerspruch*. In: Wolfram Beyer (Hg.): *Kriegsdienste verweigern – Pazifismus aktuell. Libertäre und humanistische Positionen*. Oppo-Verlag, Berlin 2011, S. 50-79

Gernot Lennert: *Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht*. In: *Menschenrechte und Pazifismus*. (Wolfram Beyer Hg.) Internationale der Kriegsdienstgegner/innen, Berlin 2016 S. 24-29; Grundlage für Vortrag beim Symposium Zukunft des politischen Pazifismus, Januar 2017 in Frankfurt.

www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk/symposium

125 Jahre Deutsche Friedensgesellschaft

Zu den Gründungsmitgliedern der Deutschen Friedensgesellschaft gehörten 1892 Alfred Hermann Fried und Bertha von Suttner, Autorin des Weltbestsellers „Die Waffen nieder“ und Friedensnobelpreisträgerin von 1905. Oberstes Ziel war, damals wie heute, die Verhinderung von Krieg. Angesichts von Hochrüstung, wachsendem Militarismus und Nationalismus Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts warnten Pazifistinnen und Pazifisten eindringlich, dass angesichts der modernen Waffen jeder größere Krieg eine massenmörderische Katastrophe würde. Dafür wurden sie besonders in Deutschland nicht nur lächerlich gemacht, sondern sogar gehasst. Sie konnten den 1. Weltkrieg nicht aufhalten. Nicht nur der 2. Weltkrieg, fast alle Kriege, die seitdem geführt wurden und gegenwärtig geführt werden, können auf den 1. Weltkrieg zurückgeführt werden. Der Historiker Christopher Clark urteilt über den 1. Weltkrieg: „Kein einziges der Anliegen, für die Politiker von 1914 stritten, war die darauffolgende Katastrophe wert.“ Die Warnungen von pazifistischer Seite wurden damals ignoriert, stattdessen wurde aus nichtigen Gründen Krieg geführt – ein Muster, das sich bis heute fortsetzt.

Der Pazifismus, wie er von der frühen DFG vertreten wurde, wollte Frieden durch Recht schaffen. Die Staaten sollten ihre Konflikte friedlich regeln, mit Hilfe von Schiedsgerichten und internationalen Organisationen. Der Krieg sollte völkerrechtlich geächtet werden. Diese Strömung des Pazifismus wurde als bürgerlicher oder organisatorischer oder als Völkerrechts-Pazifismus bekannt. Auf ihn gehen Organisationen wie der Völkerbund

und die Vereinten Nationen zurück, ebenso die internationale Gerichtsbarkeit, die völkerrechtliche Einhegung des Kriegs wie das rechtliche Verbot des Angriffskriegs, der zuvor legal gewesen war. Auch wenn immer wieder rechtswidrig Krieg geführt wird, ist es ein Erfolg des Pazifismus, dass zumindest die Normen des Völkerrechts deutlich friedlicher geworden sind.

Der bürgerliche Pazifismus stellte die Staaten nicht in Frage. Ungehorsam gegenüber dem Staat in Form von Kriegsdienstverweigerung wurde abgelehnt.

Persönliche Gewaltfreiheit und Kriegsdienstverweigerung sind typisch für den radikalen Pazifismus. In der frühen Neuzeit verweigerten Angehörige gewaltfreier christlicher religiöser Gruppen wie Mennoniten, Hutterer, Duchoborzen und Quäker den Kriegsdienst. Generell war die liberalere und tolerantere politische Kultur der englischsprachigen Länder mit ihrer größeren Wertschätzung des Individuums ein guter Nährboden sowohl für Kriegsdienstverweigerung als auch für Pazifismus. Radikal gewaltfreie Ansätze vertraten z.B. in Russland Leo Tolstoi und in Indien Mohandas Gandhi.

Die 1921 (damals unter dem Namen Paco, dem Esperanto-Wort für Frieden) gegründete War Resisters' International und ihr deutscher Zweig, der 1919 entstandene Bund der Kriegsdienstgegner (BdK), waren überwiegend diesem Spektrum des Pazifismus zuzuordnen, das auch vom anarchistischen Antimilitarismus beeinflusst wurde.

Der anarchistische Antimilitarismus sieht Staat und Kapitalismus als Kriegsursachen, das Militär als Fundament des Staates. Folge-

richtig propagierten Anarchosyndikalisten die Kriegsdienstverweigerung, die Verweigerung der Rüstungsproduktion und die gewaltfreie direkte Aktion. „Die Waffen nieder – die Hämmer nieder!“ forderte z.B. 1919 der aus Mainz stammende Anarchosyndikalist Rudolf Rocker. Es waren vor allem niederländische Anarchisten, die Anfang des 20. Jahrhunderts den anarchistischen Antimilitarismus artikulierten.

Auch der radikale Pazifismus kann Erfolge vorweisen. Beginnend zur Zeit des 1. Weltkriegs haben immer mehr Staaten und internationale Organisationen das Recht auf Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen anerkannt. Allerdings ist diese Form der Verweigerung an Gewissensgründe gebunden, was wiederum Gewissensprüfungen nach sich zieht; und die Verweigernden müssen militärische Musterungen über sich ergehen lassen und einen Ersatzdienst leisten. Es ist also nur ein beschränktes Ausnahmerecht für eine vom Staat für verkräftbar gehaltene Gruppe. Auch wenn es weit davon entfernt ist, ein Menschenrecht für alle zu sein, ist es dennoch ein Fortschritt gegenüber der Zeit, als Kriegsdienstverweigerung in keiner Form toleriert wurde.

Der marxistische Antimilitarismus, wie er Anfang des 20. Jahrhunderts namentlich von Karl Liebknecht vertreten wurde, sah den Militarismus als Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft und der imperialistischen Kriegspolitik. Kriegsdienstverweigerung wurde abgelehnt und Liebknecht erklärte sie zum utopischen Standpunkt und bekannte sich zu „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.“

Der Anarchist Ferdinand Domela Nieuwenhuis kritisierte diesen sozialdemokratischen Antimilitarismus: „Die Sozialdemokraten wollen den Militarismus nicht an der Wurzel treffen; sie wollen bloß ein Volksheer [...]. Sie wollen nur eine Form-, keine Wesensänderung. Was die Sozialdemokraten Antimilita-

rismus nennen, sind in Wahrheit Reformen im Heere [...]. Sie greifen den Militarismus nicht als Institution an.“

Die ursprünglich getrennten Strömungen des Pazifismus und Antimilitarismus haben sich nach dem 1. Weltkrieg und verstärkt nach dem 2. Weltkrieg aufeinander zubewegt. Dies

zeigt sich nicht zuletzt in der Entstehung der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK). Wie der lange und sperrige Name vermuten lässt, ist die DFG-VK Ergebnis des Zusammenschlusses mehrerer Organisationen, die sich inhaltlich einander angenähert hatten.

GI Café The Clearing Barrel:

Das Café in Kaiserslautern ist geschlossen. Die politische Arbeit geht weiter.

Nach fünf Jahren Existenz musste das GI Café The Clearing Barrel in Kaiserslautern aus gesundheitlichen Gründen schließen. Es war bewusst mitten in der von Militäreinrichtungen übersäten Westpfalz in unmittelbarer Nähe des Stützpunkts Ramstein als Beratungs- und Anlaufstelle für Menschen gegründet worden, die das US-Militär verlassen wollen.

Das Café entwickelte sich darüber hinaus zu einem wichtigen Veranstaltungszentrum in Kaiserslautern, mit weit über 300 politischen und kulturellen Veranstaltungen und Treffen.

Es war auch ein Ort für viele großartige und auch berührende Begegnungen zwischen jungen US-Soldaten, Flüchtlingen, KünstlerInnen, Studierenden, deutschen und US-Veteranen, Initiativen und Gruppen, politischen und unpolitischen Menschen allen Alters.

Das Ende des Cafés in Kaiserslautern ist nicht das Ende der politischen Arbeit. Sie geht in anderer Form weiter. Das Military Counseling Network bietet weiterhin seine Beratung an. Das Café soll als mobiles "Pop-Up GI Café" immer wieder zeitweilig auftauchen: in Form von Veranstaltungen, in denen

über den Widerstand gegen den US-Militarismus und damit Zusammenhängendes informiert und diskutiert wird. Auf Einladung kommt das mobile GI Café gerne zu allen Interessierten.

Beratung & Kontakt:

Military Counseling Network & GI-Rights-Hotline:
Tel. 0151-56727550; gi-cafe-germany@gmx.net;
www.theclearingbarrel.blogspot.de

Um die Arbeit fortzusetzen ist finanzielle Unterstützung dringend nötig. Online-Spenden über
www.betterplace.org/de/projects/5543-the-clearing-barrel-gi-cafe-germany

Die Kampagne „Büchel ist überall! – atomwaffenfrei jetzt“

Seit drei Jahren laufen jährlich Kampagnen gegen die Lagerung von 20 Atomwaffen auf dem Fliegerhorst der Bundeswehr bei Büchel in der Eifel. Das Atomwaffenlager wird verwaltet und gesichert von einer US-Einheit, der 702nd Munitions Support Squadron und deutschen Soldaten. Die Bundesregierung hielt die Lagerung der Bomben zunächst geheim. Auch auf Nachfrage äußerte sie sich nicht zum Thema, obwohl die Anwesenheit offensichtlich war. Sogar die vom Deutschen Bundestag herausgegebene Zeitung „Das Parlament“ berichtete darüber. Erst mit der Absicht der USA, dieses Waffensystem bis 2020 zu modernisieren, gibt die Bundesregierung laut Rheinzeitung vom 29.05.2014 zu, dass auf dem Fliegerhorst die Bomben lagern. Ebenfalls auf dem Flugplatz ist das Taktische Luftwaffengeschwader 33 der Bundeswehr stationiert. Deutsche Piloten trainieren mit ihren Kampfflugzeugen „Tornado“ den Abwurf von Atombomben, damit sie das nach der Freigabe durch den jeweiligen US-Präsidenten im Einsatzfall oder Kriegsfall auch leisten kann.

Bereits 2015 und 2016 fanden in Büchel kampagnenartige Proteste gegen Stationierung und Modernisierung dieser vernichtenden Kriegswaffe statt. Mahnwachen, Kundgebungen und Blockaden gab es über mehrere Wochen und endeten jeweils am 9. August, dem Jahrestag des zweiten Atombombenabwurfs. Die erste Bombe wurde bereits am 8. August 1945 auf Hiroshima abgeworfen.

Menschen protestierten gegen die Lagerung. Sie machten Mahnwachen und Kundgebungen. Sie blockierten mehrere Tore, ließen sich wegtragen. Es gibt aber auch Einzelaktionen wie die von den beiden Aktivistinnen, von denen ich in einem Extraartikel berichte.

2017 findet erneut eine Aktionspräsenz mit einer Kampagne statt. Die Kampagne schließt Protest gegen die Nichtteilnahme der Bundesregierung an Verhandlungen zu einem Atomwaffenverbot ein. Der Beginn von Aktionskonferenz und Kampagne war der 27.03.17. An diesem Tag begannen Verhandlungen zum völkerrechtlichen Verbot von Atomwaffen. 123 Mitgliedstaaten der UNO haben die Verhandlungen gefordert, ebenso ican, die „international campaign to abolish nuclear weapons“, eine Initiative, die von kleinen Staaten zustande gebracht wurde, wozu Mexiko und Österreich gehörten.

Verbotsabkommen für biologische und chemische Waffen, für Landminen und Streumunition gibt es, aber noch immer keinen für Nuklearwaffen. ican, mit Sitz in Wien, schreibt dazu weiter auf seiner Homepage <http://www.icanw.de/grunde-fur-ein-verbot/verbotvertrag>: Die Verhandlungen begannen in New-York. Durch das Völkerrecht seien alle Staaten verpflichtet, Verhandlungen für eine nukleare Abrüstung in redlicher Absicht zu führen und auch abzuschließen. Nichtsdestotrotz hätten es die Staaten, die Nuklearwaffen besitzen, bisher versäumt, einen konkreten Fahrplan mit dem Ziel einer nuklearwaffen-

freien Welt zu erarbeiten.

Stattdessen investierten sie in die Modernisierung ihrer Nuklearwaffen mit der offenkundigen Absicht, an ihnen auch zukünftig festzuhalten. Dieses Verhalten darf nicht länger geduldet werden, wir müssen den nuklear bewaffneten Staaten verdeutlichen, wie der Rest der Staatengemeinschaft zu Atomwaffen steht. So lange Nuklearwaffen existierten, so lange bestehe auch die Gefahr, dass sie eingesetzt werden. Ein Verbot ist daher dringend notwendig.

Obwohl die Zerstörungskraft von Nuklearwaffen um ein Vielfaches größer ist als die sämtlicher anderer Waffen, gibt es bis dato noch kein universelles Verbotsabkommen.

Wie ein Verbotsabkommen funktionieren, dazu schreibt ican: Einem Verbot von Waffen folge normalerweise die Vernichtung dieser Waffen – und nicht umgekehrt. Das Verbot biologischer und chemischer Waffen war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu deren – noch laufender – Vernichtung. Ähnlich der Biowaffenkonvention und Chemiewaffenkonvention würden Atomwaffen einer Nuklearwaffenkonvention beitreten können, wenn sie sich verpflichten, innerhalb eines vereinbarten Zeitraums ihre Nuklearwaffen zu vernichten. Sobald ein Nuklearwaffenstaat beigetreten ist, würden schrittweise Übereinkommen getroffen werden, die eine verifizierbare und irreversible Zerstörung der Waffen garantieren.

Ein Verbotsabkommen muss nicht alle

Schritte zur Abschaffung vorzunehmen. Stattdessen würde ein grundsätzlicher Rahmen festgelegt werden, damit dieses Ziel erreicht werden kann. So weit ich kann.

Am 27.03. begannen die ersten Aktionen am Fliegerhorst. Sie sollen 20 Wochen dauern. Am ersten Tag blockierten 20 AktivistInnen vier Tore des Fliegerhorstes. Das Haupttor wurde geräumt und sieben FriedensaktivistInnen erhielten Platzverweise. Sie durften sich an diesem Tag nicht mehr in der Nähe des Flugplatzes aufhalten. Weil an den anderen drei Toren des Flugplatzes Blockaden keinen Sinn mehr machten, brachen die AktivistInnen die Aktion ab, begaben sich zum Kreisel vor dem Haupttor zu einer kleinen Kundgebung von maximal 15 Minuten. Als die zu Ende war, nahmen sie Fahnen und Transparente und gingen hungrig Richtung Camp. Dort war Frühstück bereitgestellt. Noch im Kreisel wurden alle von der Polizei gekesselt. Es gab vorher keine Durchsage der Polizei, den Kreisel zu verlassen, nichts, kein Hinweis. Die Personalien wurden festgestellt, ein Foto gemacht. Die AktivistInnen erhielten



Blockadeaktion 27.03.17 vor Tor 3 des Fliegerhorstes Büchel Foto: Hans Ripper

Platzverweise bis 0 Uhr. Und die, die bereits am Morgen vor dem Haupttor blockiert und

sichtlich unrechtmäßige polizeiliche Handeln. Ich kenne das auch aus Mainz. Wenn dann wirklich auf Anzeigen der Polizei Strafbefehle folgen und die Sache bis vor das Gericht geht, kommt es meist zu Einstellungen und Freisprüchen. Diese Einstellungen und Freisprüche dann öffentlich zu machen, ist schwierig. Da bedürfte es dann schon einer größeren Solidaritätsdemo für den Betroffenen oder die Betroffene, eine Demo die wiederum Gefahr läuft, von der Polizei kriminalisiert zu werden. So geht das Demonstrationsrecht vor die Hunde und die Leute überlegen sich, ob sie nächstes Mal lieber zuhause bleiben oder ihnen fällt sonst was ein, wo sie nicht von der Polizei belästigt werden.

schon einen „Platzverweis“ hatten, kamen in Polizeigewahrsam. Sie wurden gegen Abend von CampbewohnerInnen in Koblenz und Cochem abgeholt.

Ob das, was die Polizei da machte, rechtens war, bezweifle ich. Allerdings wird landesweit in der Presse über die Platzverweise und der Ingewahrsamnahme berichtet. Die Frage der Rechtmäßigkeit wird nicht gestellt. Vielleicht war das der Grund für das offen-

Die Blockade war insoweit erfolgreich, dass es vor dem Haupttor zwischen sechs und acht Uhr Stau gab, da die Soldaten offensichtlich vermuteten, dass erneut Menschen oder Sachen auf das Gelände gebracht werden sollten, die dort nicht hingehörten.

Hans Ripper

Zwei Protestaktionen gegen Lagerung und Modernisierung der 20 Atombomben vor Gericht

Martin O. erhielt im Oktober 2016 einen Strafbefehl wegen Sachbeschädigung vom Amtsgericht Cochem, weil er am 71. Jahrestag des Abwurfs der Atombombe auf Nagasaki, am 9.8.2016, am Fliegerhorst Büchel "Entzündungsaktion" machte. Mit einem Bolzenschneider hat Martin O. ein Loch in die Umzäunung des Flugplatzes geschnitten. Anschließend stellte er sich der Polizei. Dies war ein Protest im Rahmen „Zivilen Ungehorsams“, um auf die Lagerung und Modernisierung von 20 Atombomben auf dem Fliegerhorst Büchel hinzuweisen.

Im Strafbefehl wurde Martin zur Zahlung einer Geldstrafe von 15 Tagessätzen à 15 Euro, ersatzweise 15 Tage Haft aufgefordert. Dagegen legte er Einspruch ein. Im Februar 2017 war am Amtsgericht Cochem die Verhandlung. Vor Gericht hielt Martin eine Erklärung, mit der er seinen Zivilen Ungehorsam begründete. Er will das Recht auf Gewaltfreien Widerstand gegen staatliches Unrecht einklagen. Gleichzeitig erklärte er vor Gericht, warum er den Militärzaun aufgeschnitten hat. Er habe gegen das Verbot, eine fremde Sache zu beschädigen, verstoßen und nehme mögliche juristischen Folgen in Kauf.

Für Martin war der Protest auch eine Gewissensentscheidung.

Der Richter erhöhte die Strafe auf 25 Tagessätze à 25€, weil der Angeklagte in der Verhandlung keinerlei Reue gezeigt habe, sondern viele weitere solcher Aktionen befürwortete. Martin legte noch im Gericht Berufung gegen das Urteil ein. Die Berufungsverhandlung ist am 20.4.2017 im Landgericht Koblenz. Die Erklärung vor Gericht kann in ganzer Länge unter <http://www.gaaa.org/pdf/rede-1.pdf?ID=131> nachgelesen werden.

Ein anderer Aktivist, Herrmann Th. wurde in einer Berufungsverhandlung vor Gericht in Koblenz am 6.2.2017 endgültig freigesprochen. Er hatte bei mehreren Flugblattverteilungen an Soldaten des Fliegerhorstes Büchel dazu aufgefordert, die Öffentlichkeit über die sogenannte „Modernisierung“ der Atomwaffen auf dem Fliegerhorst Büchel zu informieren. Der Vorwurf lautete jeweils „Aufforderung zum Geheimnisverrat“. Eine Aufforderung zum Whistleblowing. Das Landgericht hob zwei zuvor vom Amtsgericht Cochem verhängte Geldstrafen wegen Aufrufs zum Geheimnisverrat auf und sprach Hermann Th.

frei, weil es in seinen diversen Flugblätter-Verteilungen keine konkreten Aufforderungen zu Straftaten sah. Rechtskräftig war der Freispruch allerdings zunächst nicht. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, zog ihren Revisionsantrag gegen den Freispruch vom Juli am Landgericht Koblenz mangels Erfolgsaussichten zurück. Das Amtsgericht Cochem, bei dem noch ein weiteres Verfahren wegen gleicher Aufforderung zum „Whistleblowing“ vorlag, bot Herrmann Th. nun in diesem Verfahren eine Einstellung wegen geringfügigkeit an, was dieser nicht akzeptierte.

Diesmal, am 6.2.2017 am Amtsgericht Cochem, plädierte schon die Anklagevertretung auf Freispruch - und so lautete denn auch das Urteil. Damit sind alle seine Strafverfahren wegen diverser Aufrufe an Büchel-Soldaten zum Whistleblowing beendet. Die Staatsanwaltschaft hatte sogar mal eine dreimonatige Haftstrafe für ihn beantragt. Aber letztlich hat er in allen Fällen Freisprüche erstritten.

Zusammenfassung aus der Homepage „Gewaltfreie Aktionen Atomwaffen Abschaffen (GAAA)“ <http://www.gaaa.org/index.php?ID=2>

Hans Ripper

Internet:

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de
DFG-VK Hessen: www.dfg-vk-hessen.de
DFG-VK Rheinland-Pfalz: www.dfg-vk-rlp.de
DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de
War Resisters' International: www.wri-irg.org
Military Counseling Network
GI-Rights-Hotline
Tel. 0151-56727550
gi-cafe-germany@gmx.net
www.theclearingbarrel.blogspot.de

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen),
Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):
Connection e.V., Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach
Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,
office@Connection-eV.de
www.Connection-eV.de

Radioendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz und Wiesbaden läuft an jedem zweiten
Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden Kalenderwo-
chen) im Rahmen des Programms von Radio Quer im
Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Die Links zu den Artikeln gibt es auch
unter www.dfg-vk-mainz.de/links/fl61

KRIEG BEGINNT HIER



Aktionen und Veranstaltungen vom 25. März
bis zum Antikriegstag am 1. September 2017

- Krieg beginnt hier...
- aber auch Widerstand und Protest! Von
hier soll Frieden ausgehen.
- für eine solidarische Welt ohne Kriege,
Drohnen und Atomwaffen
- für Abrüstung und Konversion. Stoppt
den Krieg!

Zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen in-
formieren rund um die Themen Drohnen,

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland- Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.
DFG-VK Rheinland-Pfalz und Hessen bei Facebook:
<https://www.facebook.com/DFGVKRheinlandPfalzundHessen>
Tel. 0 69/43 14 40, Fax 0 69/4 99 00 07,
www.dfg-vk-hessen.de, dfgvkhessen@t-online.de

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Wolfgang Huste (Antiquariat
Huste), Telegrafienstraße 16,
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.
Tel. 0 26 41/8 29 05 28, whuste@aol.com

Aschaffenburg: (das liegt zwar in Bayern, zählt aber
DFG-VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Alibri
Verlag), Hangstr. 3, 63768 Hösbach.
Tel.+Fax 0 60 21/58 17 34, verlag@alibri.de

Bad Kreuznach: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12,
55543 Bad Kreuznach. juergenlocher@superkabel.de,
Tel. 06 71/6 28 78

Darmstadt: c/o Michael Bauer,
Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.
DFGVKDarmstadt@aol.com,
www.dfg-vk-darmstadt.de
Gruppentreffen: dienstags 20.00 Uhr,
Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42
Mitglied im Darmstädter Friedensbündnis, Treffen am 1.
u. 3. Montag im Monat, 19 Uhr, Halkevi, Luisenstr. 2

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/4 98 03 94 Fax 0 69/4 99 00 07,
dfgvkffm@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: monatlich, 19 Uhr. Genauen
Termin bitte erfragen.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach
Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27,
61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61-89 30 27, kassel@dfg-vk.de

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578
Wetzlar. Tel. 0 64 41/2 54 62, mo-wz@gaaa.org

Mainz: c/o Bürogemeinschaft,
Walpodenstraße 10, 55116 Mainz.

Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im
Monat, 19.30 h,

dfgvkmz@web.de, www.dfg-vk-mainz.de

Radioendung: Pazifissimus - Mittwochs in unge-
raden Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im
Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg.

Tel. 0 64 21/2 17 83, dfgvk@lahn.net,

Kontakt zur Gruppe/Gruppentreffen: jeden 1. und
3. Mittwoch im Monat um 18.30 Uhr, bei Radio
Unerhört Marburg, Rudolf-Bultmann-Straße 2b,
35039 Marburg.

Radioendung: KALASCHNIKOV - das Magazin
für militanten Pazifismus.

2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, Wiederho-
lung in der jeweils folgenden Woche um 15 h bei
Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075
Offenbach. Tel. + Fax: 0 69/81 51 28,
office@Connection-eV.de

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,
67471 Elmstein. Tel. 0 63 28/98 99 07,
dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr. 1,
54290 Trier. Tel. 06 51/9 94 10 17,
buero@agf-trier.de

Westpfalz: klawir@atomstromfrei.de

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Aarstr. 29
65195 Wiesbaden, Tel. 0611-910 36 66
peter.silbereisen@web.de

Kampagne "Krieg beginnt hier"

Atomwaffen, Abrüstung und Militärstandorte
von Bundeswehr, NATO und US-Militär und
beleuchten politische Zusammenhänge der
Kriegspolitik sowie gewaltfreie Alternativen.

Die Kampagne wird getragen von 27
Gruppen und Organisationen vorwiegend
in Rheinland-Pfalz und im Saarland, darunter
die DFG-VK Trier und die DFG-VK Mainz.

Die Kampagne unterstützt z.B. die Oster-
märsche in der Region, die Aktionspräsenz
gegen Atomwaffen in Büchel, die Proteste ge-

gen das Bundeswehrgelöbnis in Trier am
24. Mai und gegen den Tag der Bundeswehr
am 10. Juni in Rüsselsheim sowie die Vor-
tragsreihe „Was ist das Problem mit der Bun-
deswehr?“ in Trier.

Mehr zur Kampagne und den von ihr unter-
stützten Aktionen und Veranstaltungen:

www.krieg-beginnt-hier.de
[www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/
kampagne-krieg-beginnt-hier](http://www.dfg-vk-mainz.de/aktuell/kampagne-krieg-beginnt-hier)

Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Gruppe Mainz



c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr
Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67
IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

dfgvkmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen,
Frauenlobstr. 40, Mainz

VISdP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz - April 2017